Ansprachen auf der ersten genehmigten Kundgebung des Neuen Forum am 18. November 1989 in Leipzig

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Freundinnen und Freunde des Neuen Forum, willkommen! Ich heiße Dirk-Michael Grötsch und bin einer der Sprecher des Neuen Forum Leipzig. Ein vager Traum ist Wirklichkeit geworden. Das noch vor sieben Wochen als staatsfeindlich diffamierte Neue Forum veranstaltet seine erste Kundgebung. Erst seit zwei Monaten existiert das Neue Forum. Der Aufruf zur Gründung einer unabhängigen politischen Vereinigung, die die demokratische Umgestaltung in diesem Land vorantreibt, hat eine Welle von Sympathie ausgelöst. Viele sind bereit, konkret mitzuarbeiten, Tausende haben auf den Straßen gefordert: Das Neue Forum zulassen! Dieser Antrag wurde angenommen. Der offiziellen Gründung des Neuen Forum steht nichts mehr im Wege. Heute wollen wir unüberhörbar unser Recht einklagen, unser Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Wir fordern Pressefreiheit, die es den vielfältigen Initiativen ermöglicht, öffentlich wirksam zu werden. Doch wir wollen heute auch versuchen, einige Antworten auf die Frage zu finden: Was will das Neue Forum? Kurz noch zwei Ankündigungen: Die Künstlerverbände des Bezirkes Leipzig haben, auf vielfachen Wunsch ihrer Mitglieder, zu einer Versteigerung von Kunstwerken zugunsten des Neuen Forum und anderer oppositioneller Gruppen aufgerufen. Die Auktion der gespendeten Kunstwerke, Gemälde, Grafiken, Bücher, Notenblätter und anderes, findet im Anschluß an diese Kundgebung von 12 bis 16 Uhr im Akademixer-Keller statt. Alle Interessenten sind dazu herzlich eingeladen. Des weiteren hat am Donnerstag, dem 16. November, um 16 Uhr in der Nikolaikirche ein Konzert des Bachschen Collegium Musicum stattgefunden zugunsten des Neuen Forum. Wir wollen ganz herzlich für den Betrag von 1360 Mark danken.

Als erster spricht zu uns Edgar Dusdal, einer der Sprecher des Neuen Forum Leipzig:

Auch ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen und freue mich, daß wir hier so zahlreich versammelt sind. Liebe Bürger und Bürgerinnen, liebe Freundinnen und Freunde des Neuen Forum! Als die DDR geboren wurde und als Kind hineintrat in die Geschichte dieser Welt, stand der Stalinismus als Pate ihr zur Seite. Die Demokratie erhielt damals keine Chance, denn die damaligen Befreier blieben im Lande, und mit ihnen blieb der Stalinismus. Die einzigen freien Wahlen 1946 ergaben für die SED 46 % auf dem zukünftigen Gebiet der DDR und nur 19,8 in Ostberlin. Seitdem gab es keine freien Wahlen mehr bei uns, die diesen Namen verdient hätten, und die Macht der SED bleibt eine angemaßte. Ihr Führungsanspruch gründet nicht auf ihren Fähigkeiten, sondern im Gebrauch der Staatsgewalt und ihres Sicherheitsapparates. Alle Macht ging aus vom Politbüro und nicht vom Volk. Selbstherrlich, gebieterisch und alles kontrollierend, mit eiserner Faust umklammerte diese Macht unser Leben. 40 Jahre lang lag über unserem Land ein Schatten, der sich in den Jahren 53, 56, 68 zur Nacht verdunkelte, und durch die Ereignisse dieses Jahres in China und die Stellung unserer Machthaber dazu schien es auch für uns ganz finster zu werden. Der 9. Oktober 1989 hätte in Leipzig ein zweites Peking sein können. Das Recht zur Demonstration, das wir uns nah-

men, ließ es anders kommen. Die freie öffentliche Meinung, die uns auszusprechen verboten wurde, wir haben sie uns genommen! Noch sitzt die stalinistische Vergangenheit in unseren Knochen. Noch gibt es viele Apparatschiks, die am liebsten hart durchgreifen möchten. Noch existieren sie, die verknöcherten Strukturen der Vergangenheit. Aber wir haben die Chance, jetzt, in diesen Wochen und Monaten, das alles von uns zu werfen. Denn: Noch nie war für uns so viel Zukunft da wie heute! Noch nie war so viel Freiheit da für uns jetzt wie heute! Nutzen wir diese historische Stunde des Auf- und Umbruchs, wo alles in Bewegung ist! Verspielen wir nicht leichtfertig, was wir uns hart erkämpft haben! Geben wir uns nicht mehr mit Halbheiten zufrieden! Unser Leben, unsere Gesellschaft darf nicht mehr auf der Zwangsordnung einer Partei beruhen, sondern sie soll entstehen aus dem freien Willen von uns allen. Jetzt liegt es an uns, jetzt kommt es auf uns alle an, was wir aus unserer Zukunft machen. Jetzt ist unser aller Phantasie gefragt, unser gestalterischer Wille, unsere Ideen und unsere Ideale. Denn wir haben ein schweres Erbe anzutreten. Unser Land wurde durch die Korruptheit und Skrupellosigkeit, durch die Machtgier und Verantwortungslosigkeit von SED-Funktionären in eine Krise hineingeführt, die wir alle auszubaden haben und deren Ausmaß noch nicht in Sicht ist. Um so wichtiger sind jetzt Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Vereinigungsfreiheit, für die wir heute hier stehen. Um so wichtiger ist jetzt die freie Meinung, die auch anklagt und benennt, was uns an Schaden zugefügt wurde und durch wen. Um so wichtiger ist jetzt die freie Meinung, die sich bilden kann. Solange aber nach wie vor Informationen, Daten, Forschungsergebnisse zurückgehalten werden und nicht für jeden von uns zugänglich sind, kann es noch keine freie Meinungsbildung geben, und die Entmündigung und Bevormundung hält an. Um so wichtiger ist jetzt eine freie Presse. Eine sich freier gebende Presse ist aber noch keine Pressefreiheit. Noch immer gibt es keine

parteiunabhängigen Tages- und Wochenzeitungen, noch immer keine vom Staat unabhängigen Verlage, und solange wir noch keine eigenen Zeitungen gründen können, sind wir weiterhin hier zur Sprachlosigkeit verurteilt, und unsere Interessen kommen nicht zum Ausdruck, bleiben wir nach wie vor in der Öffentlichkeit ungehört. Die Zwangsordnungen dieser Staatspartei – wir sind dabei, sie abzuschütteln, uns von ihrem Joch zu befreien, das uns jahrelang im Nacken saß. Langsam lernen wir den aufrechten Gang. Doch damit wir nicht ins Leere laufen und uns wieder im Privaten verlieren, brauchen wir neue Vereinigungen, neue Parteien, neue freie Gewerkschaften, neue Jugendverbände. Wir brauchen für uns Organisationen, in denen wir uns zu Hause fühlen, in denen wir bestimmen, wo es langgeht, und wo uns niemand mehr gängelt, zurechtweist, demütigt oder erniedrigt. Schaffen wir uns nun eine politische Ordnung, eine Gesellschaft, ja ein Leben, wie es uns gefällt, eine Gesellschaft, in der unsere Hoffnungen zum Tragen kommen und unser Dasein endlich einen Sinn erhält. Ich danke euch!

Jetzt spricht Eva Günter. Sie ist Hausfrau, Mutter von zwei Kindern und bereits vierfache Großmutter.

Liebe Freunde und Mitbürger! Ich habe noch nie eine Rede gehalten, aber ich hoffe, daß ihr mich versteht, und ich habe was ganz Besonderes, was wir uns fordern müssen, und zwar betrifft das unser sogenanntes Spiegelbild, den Stempel, den wir schon seit 40 Jahren nicht mit uns, sondern über uns ertragen müssen, nämlich unsere Kaderakte. Sie hat so manchen Menschen seelisch, physisch und psychisch kaputtgemacht. Es ist eine Akte, welche nicht gerechtfertigt existiert. Mit welchem Recht stellen sich Menschen über uns, zeichnen unser Leben auf, ja verfolgen uns regelrecht. Es gibt ein Sprichwort: Erst den Menschen persönlich kennenlernen und dann urteilen! Wie kann man nach einem Stück Papier gehen, das einer geschrieben hat, der den Verurteilten viel-

leicht von Anfang an nicht leiden konnte. Wie bekannt wurde, gibt es keine Wahlzettel mehr. Man hat sie vernichtet. Darum fordere ich an unsere Regierung: Werft auch die Kaderakte in den Reißwolf, gebt den Menschen auch da wirkliche Freiheit! Nun geht es an die Schulen, die Lehrer. Mögen auch Sie den frischen Wind des Aufbruchs spüren, und wenden Sie neue, bessere Methoden an! Dreschen Sie nicht mehr die alten Phrasen von der bösen, uns verführenden Bundesrepublik! Unsere Kinder und Enkelkinder erleben jetzt ohnehin eine für sie selbstbewußte und in die Zukunft glaubhafte, wahrheitsgebende Zeit, und ich möchte, daß man ihnen nicht mehr auf Fragen antwortet, wenn sie fragen, warum es keine Bananen gibt: Weil sie den Kindern der Dritten Welt gehören und man sie ihnen nicht wegessen möchte. Das ist gesagt worden in der Schule! So. Dann wünsche ich mir noch: Freie Wahlen, das sowieso. Ich wünsche mir, daß die SED nun endlich von ihrer Alleinherrschaft, von ihrem absoluten Machtmonopol zurücktritt! Und gleich in Art und Weise mit anderen Parteien wirkt. Zum Schluß noch ein Wort zu denen, die wieder in die DDR zurückkehren. Ich höre so oft von Mitbürgern, daß man sie nicht wieder in die DDR lassen sollte, daß man ihnen kein Geld und keine Wohnung geben sollte. Ich bitte nun diese Bürger, die so sprechen, um Vernunft und Verständnis zu zeigen. Wir brauchen diese Menschen wieder, hier bei uns und ganz gleich, aus welchen Motiven sie ausgereist waren, sie kommen wieder, und sicher werden auch sie mit dabei sein, wenn wir montags wie immer zur Demo gehen, und sie werden auch rufen: Wir sind das Volk!

Es spricht jetzt Inge Berndt. Sie hat bei Ernst Bloch studiert, ist jetzt Rentnerin und hat uns einiges zu sagen.

Ich begrüße Sie herzlich und möchte Ihnen ein paar Gedanken anbieten, sie Ihnen übermitteln, zu Ihrem weiteren Nachdenken. Diese unsere Situation wird so manches Mal

als Weg zu einem neuen Anfang bezeichnet. Das Wort, das bildliche Wort, diesem Wort kann ich nur zustimmen, wenn ich an DDR-Landstraßen und an DDR-Wege denke. Das heißt: an Schlaglöcher, an Frostaufbrüche und an Wege, die voller Gestrüpp sind und abgestürzter toter Bäume quer über dem Weg und Brennesseln, ja das ist der Weg vor uns, voller Gestrüpp und struppig und mit Wegweisern, die umgefallen sind oder verdreht sind. Der Weg muß gesucht, geschaffen oder sogar erfunden werden, in Freiheit und zur Freiheit hin. Auch wenn die Freiheit, für die wir heute hier sind, bald von Verfassung und Gesetzen gesichert sein wird, kann das ganze neue System wieder zur Diktatur entarten. Wir leben immer in der unheimlichen Nachbarschaft von Diktatur, wenn auch zu einer sanfteren Diktatur. Die wichtigste Garantie für die bald gesetzlich gesicherten Freiheiten, das sind wir. Aber erst dann, und nur dann, wenn das kritisch-oppositionelle Denken und Handeln in uns und von uns her lebendig bleibt und wenn wir uns niemals wieder einem Frageverbot fügen, von wem auch immer. Denn der Mensch ist von seinem Wesen her ein Fragender, ein Anfragender an das Selbstverständliche, das oft ein Gefälle hat zur Diktatur. Dagegen kritisch zu fragen, das ist notwendig, das ist Aufgabe, und wir müssen es lernen, auch wenn uns kein Gesetz verpflichten kann. Nur jeder selbst kann sich frei verpflichten zum Fragen, zum stets offenen Fragen, und frei verpflichten zu politischer Bildung, und politische Bildung, das ist das Hauptproblem der Demokratie! Zwar fällt ab und zu ein Meister vom Himmel, doch eher in der Kunst als in der Politik! In der Politik sind wir lebzeitlang Lehrlinge, das ist gewiß mühsam und schade, aber es ist nun einmal so. Eine Möglichkeit für politische Bildung ist die Meinungsfreiheit, für deren gesetzliche Sicherung wir hier sind. Sie kann uns nicht gewährt werden, denn sie ist unser Recht, ein Menschenrecht, das zum Grundrecht werden muß. Und jetzt gleich zum Letzten. Aber zur Meinungsfreiheit sind wir und ist

jeder einzelne aufgerufen, gefordert und provoziert. Zur Meinungsfreiheit, die unser Recht und unsere Pflicht ist, gehört zweierlei: erstens die Mühe und der Mut, eine eigene Meinung zu finden und zu haben. Und wir wissen alle: Wie leicht kuschelt man sich doch ein in die Meinungen der Mehrheit oder einer Elitegruppe. Aber dann: Stille Nacht über die Menschheit, alles schläft! Mit der eigenen Meinung an den Schlaf der Welt zu rühren, das ist etwas für uns! Und vor allem für jeden einzelnen. Das zweite und letzte zur Meinungsfreiheit: Unabdingbar gehört dazu die Achtung, der Respekt, ja sogar die Ehrfurcht vor der begründeten Meinung des anderen, auch dann und vor allem dann, wenn sie unserer eigenen Meinung widerspricht! Es ist ein Verbrechen, gegen die von uns geforderte Meinungsfreiheit, wenn wir dem anderen nicht zuhören, sondern pfeifen oder brüllen, wie das gegen SED-Menschen geschehen ist. Denn damit ist dasselbe getan, was die SED-Diktatur uns angetan hatte, den Andersdenkenden mundtot zu machen. Aber wir wollen, wir dürfen, wir sollen nicht sein, wie die SED war. Wir wollen Meinungsfreiheit, und das heißt – ich fasse zusammen und komme zum Schluß –, eine eigene begründete Meinung zu haben und die begründete Meinung des anderen anzuhören. Wenn wir das nicht können, wenn wir das nicht lernen, geht die Freiheit zum Teufel, wo sie nicht hingehört, denn die Freiheit gehört zu uns, die Freiheit, das sind wir, besorgt um die Freiheit aller.

Falls sich Egon Krenz unter die Menge gemischt hat, bitten wir ihn nach vorn. Egon Krenz war eigentlich eingeladen und jetzt vorgesehen. Ansonsten spricht jetzt Petra Lux. Sie ist freischaffende Journalistin und eine der Sprecherinnen des Neuen Forum.

Liebe Frauen, liebe Männer, liebe Kinder! Vor einer Woche gab Günter Schabowski eine Pressekonferenz. Auf die Anfrage, warum keine weiteren Frauen ins Politbüro gewählt werden, gab er zur Antwort: Für solch eine Funktion von Frauen müssen erst Rahmenbedingungen geschaffen werden. Na schön, sage ich mir, aber wer soll das tun? Und wie sollen diese Rahmenbedingungen wohl aussehen? Werfen wir einen Blick in die bisherige Geschichte seit der Oktoberrevolution 1917. In 72 Jahren 50 Regierungschefs – keine Frau. In 72 Jahren 500 Minister, davon 8 Frauen. Oder nehmen wir die DDR. Die Staatsratsvorsitzenden – keine Frau. Die Ministerpräsidenten – keine Frau. Die Volkskammerpräsidenten – keine Frau. Die Generalsekretäre der SED – keine Frau. Die Vorsitzenden der Blockparteien – keine Frau. Jetzt, 1989, haben wir unsere Oktoberrevolution. An dieser Schwelle zum nächsten Jahrtausend türmen sich vor uns allen drei existentielle Probleme auf: die Rüstung, die Umwelt, der Gegensatz zwischen erster und dritter Welt. Ost und West haben gemeinsam diese Krise verschuldet. Und ich frage Sie: Ist diese Krise nicht auch dem Fakt geschuldet, daß die Hälfte der Menschheit, die Hälfte! – nämlich die Frauen, ganz offensichtlich von der Politik ausgeschlossen wurden. Unser Aufbruch 89, unsere Oktoberrevolution, unser Ringen um einen dritten Weg, um einen menschlichen Weg hat Null Zukunft, ist zum Tode verurteilt, wenn diese Praxis beibehalten wird. Ich blicke mich im Neuen Forum um, und es stimmt mich traurig, daß auch hier die Initiativen vorwiegend von Männern getragen werden. Und es tröstet mich nicht, wenn ich mir sage, daß natürlich auch das Neue Forum realer Spiegel dieser Gesellschaft ist, was diese Frage betrifft. Herr Schabowski sprach von Rahmenbedingungen. Die können nur die Frauen selber schaffen. Es wird keiner für sie tun. Deshalb rufe ich: Frauen raus, Frauen raus aus Küchen, aus Betten, aus Einkaufsschlangen, Frauen, duldet nicht, daß eure Männer politisch aktiv sind auf eure Kosten! Verweigert die Rolle der Krankenschwester, wenn eure Männer erschöpft von den Kämpfen in der politischen Arena sich bei euch auftanken wollen! Laßt euch nicht emotional aus-

beuten! Frauen raus aus der Zwangsjacke, aus eurer Sprachlosigkeit! Frauen raus aus eurem schlechten Gewissen, daß Alltag und Kinder auf der Strecke bleiben, wenn ihr aktiv seid! Nehmt die Sprache beim Wort: Aber *einer* muß sich doch um die Kinder kümmern! Aber *einer* muß doch den Alltag sichern. Und weiter. Achtet auf Sprache. Sprache entlarvt. Der Ruf nach dem mündigen *Bürger*, nach Volks*herrschaft*, nach *Brüder*lichkeit. Frauen, merkt ihr was? Ihr seid nicht gemeint! Und ich rufe: Frauen rein! Frauen rein in die Parlamente, rein in die Schaltstellen der Macht, rein in die Politik! Gebt der Politik ein menschliches Gesicht. Euer Wissen, eure Güte, eure Schönheit, euer Organisationstalent, eure Phantasie und Emotionalität, euer Verstand, eure so oft diffamierte weibliche Logik ist gefragt. Bringt euch ein! Wartet nicht länger! Übernehmt Verantwortung! Lernt, für euch zu sprechen und zu handeln! Frauen und Männer! Macht Geschichte! Seid solidarisch, handelt wirklich gemeinsam! Danke.

Jetzt spricht Reinhard Bohse. Er ist Lektor und Mitglied unserer vorläufigen Redaktionsgruppe.

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger, liebe Gäste! Laßt mich einen kleinen Moment in unsere kurze Geschichte zurückgehen. Noch bis in den Sommer dieses Jahres wurden Freunde von uns verfolgt, eingekerkert und aus dem Land vertrieben. Währenddessen machte die SED-Führung Sommerpause in Villen und Sanatorien. Am 10. September dieses Jahres wurde unser Gründungsaufruf veröffentlicht. Das Innenministerium erklärte uns zu gefährlichsten Staatsfeinden. Bis in den Oktober hinein wurden wir kriminalisiert und als Rowdys bezeichnet. Währenddessen ließ sich die SED-Führung mit Fackelzügen und Volksfesten feiern. Jetzt werden wir in unseren Aussagen verfälscht, und es werden Halbwahrheiten verbreitet. Unterdessen suchen alte Amtsinhaber und korrumpierte Neureiche ihren Frieden mit

dem Kapital zu finden. Lassen wir uns nicht übertölpeln, und lassen wir uns nicht täuschen. Wir fordern deshalb die Offenlegung aller Daten und Fakten, die Abschaffung jeglicher Zensur, freien Zugang zu allen Medien! Wie sieht es denn aus mit der Pressefreiheit à la Leipziger Volkszeitung? Am 14. 11. berichtete dieses Blatt unter der Überschrift »Neues Forum mit zwei Klassen von Mitgliedern«. Das Blatt unterstellt, wir würden erwägen, Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern ausgrenzen zu wollen. Und das stimmt nicht! Ein zweites Beispiel: Die Leipziger Volkszeitung berichtet in diesem Artikel, daß wir gesagt hätten: »In der Stadt herrscht das blanke Chaos. Vielleicht sollten sich die Sicherheitsorgane berufen fühlen, wieder Ordnung zu schaffen.« Das ist Verleumdung: In der LVZ am 14. 11. Wahr ist, daß unser gewählter Sprecher Reiner Pietsch gesagt hat: »Ich habe Sorge und Angst, daß sich diese Leute berufen fühlen, Ruhe und Ordnung in ihrem eigenen Sinne wiederherzustellen.« Diese zwei Beispiele, nur diese zwei Beispiele, zeigen: Meinungsfreiheit wird es erst dann geben, wenn wir, so wie die anderen Reformgruppen und neuen Parteien, eine eigene Presse und eigene Verlage haben. Meinungsfreiheit wird es erst dann geben, wenn es nicht mehr verboten ist, Vervielfältigungsgeräte einzuführen und sie zu nutzen. Meinungsfreiheit wird erst dann sein, wenn wir eigene Fernseh- und Rundfunkprogramme gestalten können. Und Meinungsfreiheit wird erst dann sein, wenn alle Medien öffentlich kontrolliert werden. Wir glauben, daß erst dann das Wahrheitsmonopol der SED endgültig der Vergangenheit angehören wird. Daß wir erst dann frei atmen und frei leben können. Ich danke Ihnen!

Jetzt spricht der Arbeiter Frank Fleischer.

Wie ihr gehört habt, bin ich Arbeiter. Ich habe das Reden nicht gelernt, aber ich will es wenigstens versuchen. Hier in unserem Staat, wie ja jeder weiß, gibt es die Verfassung. Ich

habe mir mal in der letzten Zeit Gedanken gemacht: Was ist die »Verfassung« überhaupt? Und wird all das, was in der Verfassung steht, auch eingehalten? Die Volkskammer ist das oberste staatliche Machtorgan der Deutschen Demokratischen Republik. Sie entscheidet in ihrer Plenarsitzung über die Grundfragen der Staatspolitik. Hat sie es wirklich getan, oder haben es andere getan? Die Volkskammer ist das einzige verfassung- und gesetzgebende Organ in der Deutschen Demokratischen Republik. Niemand kann ihre Rechte einschränken. Dann sind aber diejenigen, die bisher die Rechte der Volkskammer eingeschränkt haben, verfassungsfeindlich! In der Zeit von 1933 bis 1945 haben viele Mütter um ihre Väter und um ihre Söhne getrauert. Wir trauern heutzutage um die, die von uns gegangen sind. Doch wer hat Anteil daran, daß sie von uns gegangen sind? Nicht auch die Volkskammer? Ein Abgeordneter (das ist Artikel 57), der seine Pflichten gröblich verletzt, kann von den Wählern gemäß den gesetzlich festgelegten Verfahren abberufen werden. Ist das nicht langsam notwendig? Haben diese Leute da oben nicht gründlich das Vertrauen, was wir in unsere Volksvertreter gesetzt haben, mißbraucht? In vielen Betrieben und staatlichen Organisationen wird heutzutage den staatlichen Leitern die Vertrauensfrage gestellt. Warum zwingen wir als Volk nicht unsere Volkskammer, daß auch sie sich der Vertrauensfrage stellt? Wir alle wollen, daß es uns einmal besser geht. Und wenn es uns einmal besser gehen soll, dann müssen in der obersten Volksvertretung auch wirklich Volksvertreter sein und nicht bloß Marionetten! Vorhin hat ein Vertreter der Leipziger Volkszeitung zu uns gesprochen. Die *Leipziger Volkszeitung!* Ich möchte die Vertreter der Leipziger Volkszeitung bitten, daß sie unsere Verfassung in der Zeitung gründlich aufarbeiten! Ich möchte mich bei euch bedanken, daß ihr mir alle so freundlich zugehört habt.

Uns alle beschäftigen Privilegien. Dazu ist uns in der Redaktion ein Brief eingegangen von einem Herrn Reichelt. Ich möchte ein Stück verlesen:

Ich hatte heute Gelegenheit, Referat und Diskussion des Bezirkstages Leipzig am Radio zu verfolgen, und bin zutiefst entsetzt über den lakonischen Ausgang dieser Zusammenkunft, in der der Vorsitzende Opitz* sein vielzitiertes Bemühen um die Entwicklung des Bezirkes und sein Bedauern über die Ausreise von Bürgern aus der DDR beteuerte. Dieser Mann hat noch vor wenigen Wochen, das heißt im September, vor seiner Belegschaft verkündet, daß »die paar Bürger doch nicht die DDR seien«. Diesem Mann soll in Zukunft weiter Vertrauen geschenkt werden? Wie sein unmittelbares Ratskollektiv zu dem Ruin in unserem Bezirk beigetragen hat und sich auf Kosten der Werktätigen zahlreiche Privilegien verschafft hat, dazu einige Bemerkungen aus der Praxis: Der Rat des Bezirkes verfügt über ein Ferienobjekt in Lauscha bei Oschatz mit mehreren festen Bungalows. Einer davon steht jedoch nur Herrn Opitz zur persönlichen Verfügung, damit er, seine Kinder, Enkel, Freunde und Bekannten dort einen kostenlosen Urlaub genießen können. Herr Opitz hat im weiteren im Betriebsferienheim im Jägerwäldchen in Bertsdorf, bei Zittau, ein Privatappartement zur persönlichen Verfügung. Herr Opitz hat im Schulungszentrum Großsteinberg ein weiteres Appartement zur persönlichen Nutzung und Verfügung. Herr Opitz verhalf seiner zweiten Frau am 7. Oktober 1989 zu einem hohen staatlichen Orden und empfing selbst einen durch unsere abgetretene Regierung. Herr Opitz speist mit seinen Untertanen im Staatsapparat. Er läßt sich und den anderen Ratsherren in einem gesonderten Speisesaal servieren. Das Wahlessen der Stufe 1 ist in erster Linie dem Ratskollektiv vorbehalten.

* Rolf Opitz, der ehemalige Vorsitzende des Rates des Bezirkes Leipzig, wurde inzwischen in Untersuchungshaft genommen.

Jedes Ratsmitglied verfügt über ein Dienstfahrzeug mit Fahrer. Manches Ratsmitglied hat ein zweites Auto zur Verfügung, um es als Selbstfahrer zu steuern. Außerdem haben die zweiten und dritten Stellvertreter der Ratsmitglieder und eine Reihe leitender Mitarbeiter ohne Ratsfunktion ein Dienstfahrzeug oder werden von und zur Arbeit in den Rat gefahren. Das ist ein gewaltiges Potential an Kraftfahrzeugen und PKW, das in der Wirtschaft dringend gebraucht würde. Die Ratsmitglieder haben die Möglichkeit, Erst- oder Neuprodukte der bezirksgeleiteten Industrie gratis als Muster oder zu Vorzugspreisen zu beziehen. Alle Ratsmitglieder können, außer ihrer obligatorischen Kur, aller zwei Jahre mit Partner einen zusätzlichen innerbetrieblich organisierten Kuraufenthalt im Objekt »Goldene Höhe« Kreis Döbeln erhalten. Jährlich werden im Oktober in den Ferienobjekten Bertelshof und Waldheim zusätzliche Kuren für Bürgermeister und ausgewählte Mitarbeiter des Staatsapparates auf Sonderbasis durchgeführt. Die Bezirkspoliklinik der Bauarbeiter stellt dafür Ärzte, Schwestern und Physiotherapeuten ab. Die Betreuung der Bauarbeiter muß dadurch erhebliche Einschränkungen erfahren. Unter solchen Bedingungen will Herr Opitz natürlich auf seinen Stuhl nicht verzichten, der ihm, seinen Ratskollegen und seiner Sippe so viel bedeutet. Sein Auftreten auf dem Bezirkstag ist angesichts dieser Fakten fürwahr unglaublich. Geschrieben: Reichelt.

Diesen Brief, der bei uns eingegangen ist, können wir nicht autorisieren, bitten aber um Aufklärung dieser Privilegien. Jetzt spricht zu uns Karin Stier, Requisiteuse am Theater.

Bürgerinnen und Bürger! Ich wende mich mit einem Problem an euch. Mit einem Problem, das uns alle angeht, uns alle. Wir leben im Industrieballungsgebiet Halle-Leipzig. Wir alle sind ständig extremen Umweltbelastungen ausgesetzt. Umweltverschmutzung erfolgt in Böhlen und Espenhain, in Schkopau, Bitterfeld, Wolfen und anderen Standorten der Industrie. Ich sende hier einen Ruf, einen Schrei an euch. Dieser Schrei gilt in meinem Beispiel der Industrie in Wolfen, genauer gesagt: dem Chemiefaserwerk in Wolfen. Dort werden Viskosefasern hergestellt in einem Produktionsprozeß, der, wie man sich vorstellen kann, nicht ungiftig ist. Schwefelkohlenstoff, Schwefelwasserstoff und andere giftige Substanzen werden frei. Dies wird um so bedenklicher und verdächtiger, wenn man weiß, daß die Produktionsanlagen und Gebäude dort total, total verschlissen sind. Im Klartext heißt das: Man produziert dort in einer Uraltruine, die jederzeit zusammenbrechen oder explodieren kann. Man produziert dort seit acht Jahren mit einer Ausnahmegenehmigung des Ministerrates. In der Betriebszeitung des Chemischen Kombinates erschien vor zirka einer Woche ein Artikel über die Luftverhältnisse im Raum Wolfen und an den Arbeitsplätzen, verursacht durch den Faserbereich des Kombinates. In diesem Artikel wurde festgestellt, daß in den vergangenen Jahren, in den vergangenen Jahrzehnten nichts Meßbares zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen getan wurde. Dort herrschen unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Die dort arbeiten müssen, fühlen sich verheizt! Es wurde festgestellt, daß aufgrund der volkswirtschaftlichen Lage in der DDR keine Ressourcen für eine Verbesserung der bestehenden Lage vorhanden sind. Und selbst wenn neue Anlagen und Ausrüstungen vorhanden wären: Eine Sanierung ist aufgrund der existierenden katastrophalen Bausubstanz nicht mehr möglich. Hier ein Zitat zur gegenwärtigen Lage: »Einen großen Mangel stellt die Arbeitskräftesituation dar. Stammpersonal ist kaum noch vorhanden. Der Betrieb wird mit Hilfe von Hilfskräften, ausländischen Werktätigen und Soldaten notdürftig aufrechterhalten.« Und noch ein Zitat: »Der völlig unzureichende Qualifizierungsstand der Beschäftigten und der zum Zusammenbruch neigende Zustand der Anlage beschwört die Gefahr von Havarien mit unvorhersehbaren

Folgen für die Werktätigen und für das gesamte Territorium herauf. Die Gewerkschafter, die Arbeiter und Fachleute vertreten den Standpunkt, daß dieser Betrieb unter den jetzigen Bedingungen umgehend, das heißt im Klartext von heute auf morgen, von einer Stunde zur anderen, geschlossen werden muß.«

Muß es erst zu einer Katastrophe kommen, beziehungsweise können wir es unseren Menschen zumuten, unter den gegebenen Bedingungen zu arbeiten? Bei einer Überschreitung maximaler Belastungswerte am Arbeitsplatz um das dreißigfache, maximaler Werte um das dreißigfache! Wie lange werden in einem Staat, der laut Verfassung den Menschen in den Mittelpunkt stellt, die Gesundheit der Werktätigen und die Folgen für die Umwelt gegen Valuta aufgerechnet?

So, das war ein Hilfeschrei. Ein Hilfeschrei für die Leute in Wolfen, aber auch für uns. Uns trennen keine 35 km, und es gibt noch andere solche Betriebe. Dankeschön.

Jetzt spricht Cornelia Matzke. Sie ist Ärztin, und sie spricht für die Fraueninitiative im Neuen Forum.

Liebe Frauen, liebe Männer, liebe Kinder! Frauenfrage – keine Frage? Ich – Frau – denke doch. Ich denke, diese Frage ist eine zentrale Frage, muß es sein, weil sie Macht von Grund her in Frage stellt. Macht, wie sie bis zum heutigen Tag funktioniert. Wir sind aufgewachsen, wir leben in patriarchalischer Kulturtradition. Wir erziehen unsere Kinder in diesem Sinne. Eine neue Bewegung muß neuem Denken erwachen helfen. Dieses Denken ist nur neu, wenn die Frauenfrage nicht ausgeklammert wird. Wenn Frauen nicht in »Frauenecken« abgeschoben werden und sich nicht abschieben lassen. Uns geht es nicht nur darum, daß einige Frauen, die sich gut durchsetzen können, entsprechende Positionen besetzen. Es geht vielmehr darum, die Bedingungen aufzuzeigen, die verhindern, daß die Mehrzahl der Frauen

politisch wirksam werden kann. Die Strukturen bestehender Parteien, Organisationen, Vereinigungen sind weder von Frauen noch für Frauen gemacht. Deshalb fordern wir Quotierung. Das heißt: gleiche Anteile von Frauen und Männern in allen Funktionen auf allen, einschließlich der höchsten Ebenen. Um wirksam frauenfeindlichen Entwicklungen entgegenzutreten, bedarf es der breiten Solidarisierung unter uns Frauen. Deshalb fordern wir die Unterstützung aller Aktivitäten von Frauen, sich eigene Lebensräume zu schaffen. Konkret für Leipzig bedeutet dies: die Unterstützung von Bürgerinitiativen zu Frauenzentren in jedem Stadtbezirk. Wir fordern Mittel für eine eigene Zeitung, die es uns ermöglicht, in breiter Öffentlichkeit uns bewegende Fragen zu besprechen. Fraueninitiative im Neuen Forum heißt: Begegnung und gemeinsame Arbeit von Frauen zum eigenen Selbstverständnis wie zum Verständnis der Gesellschaft. Wir treffen uns am Mittwoch, dem 22. November, um 20.30 Uhr in der Trinitatisgemeinde in Anger-Crottendorf, Theodor-Neubauer-Straße. Jede aktive Frau ist eingeladen. Ohne die Berücksichtigung der Interessen von uns Frauen wird diese Gesellschaft nie ein menschliches Gesicht bekommen, sondern ihr männliches Gesicht behalten. Danke.

Es kommen weitere neugegründete Parteien aus unserem Land zu Wort. Es spricht Herr Kamilli. Er gehört zum vorläufigen Vorstand der SDP.

Liebe Freunde! Vor etwa eineinhalb Wochen, am 7. November, hat sich in Leipzig der Stadtverband der Sozialdemokratischen Partei in der DDR – SDP – gegründet. Nach 43 Jahren gibt es damit in Leipzig wieder eine unabhängige sozialdemokratische Partei. Wir danken Ihnen allen, denn Sie haben mit Ihrem beharrlichen Demonstrieren an den Montagen die Voraussetzungen für die Gründung auch unserer Partei geschaffen. Wir sind im Moment sehr damit beschäftigt, unsere Strukturen aufzubauen, und dadurch

kommt die Publizität leicht ein wenig zu kurz. Wir haben für heute keinen besonderen Vortrag vorbereitet. Vielleicht soviel: Wir werden auf Ihre Solidarität weiterhin bauen. Wir werden Fehler machen, aber wir hoffen, Sie verzeihen uns das und halten weiterhin mit der Sympathie, die uns überall entgegenschlägt, zu uns. Es ist in diesem Land viel erreicht. Die Gründung unserer Partei ist ein Zeichen dafür. Aber es ist nichts gesichert. Deswegen, denke ich, sollten wir weiter wachsam bleiben und den Montag nutzen, um alle die Dinge, die wir bis jetzt angestoßen haben, auch abzusichern. Ich danke.

Guten Tag. Mein Name ist Gunter Weißgerber. Ich bin ebenfalls Mitglied in der sozialdemokratischen Partei in der DDR, Kreisverband Leipzig. Ich spreche zu Ihnen als Sozialdemokrat, und als Sozialdemokrat nutze ich gleich die Möglichkeit und fordere die SED auf, ihren Geburtsfehler, nämlich die Zwangsvereinigung von 1946, wahrheitsgemäß aufzuarbeiten. Schließlich wurde damals der sozialdemokratische Elefant mit brutaler Gewalt in die Zwangsjacke der stalinistischen KPD-Mücke gepreßt. Leider vergaß Helmut Arndt in seinem Artikel vom 16. 11. in der Leipziger Volkszeitung bezüglich der Zwangsvereinigung, den Umstand zu erwähnen, daß noch im November 1945 Otto Grotewohl gegen die Einheitspartei war und ihn erst ein dreimonatiger Aufenthalt in Moskau bei Stalins NKWD von der »Notwendigkeit« einer Einheitspartei »überzeugte«. Übrigens sind meiner Meinung nach die Eigentumsverhältnisse bezüglich des der Sozialdemokratie durch die KPD abgenommenen Vermögens an Gebäuden noch lange nicht juristisch geklärt. Ich spreche hier an dieser Stelle die alten Sozialdemokraten an: Kommt zu uns! Ihr seid unsere moralische Substanz! Den sozialdemokratisch gesinnten Teil der Bevölkerung: Helft mit, die Sozialdemokratie, also die Volksbewegung mit den größten Traditionen im deutschen Volk, auch in diesem Teil Europas wieder zum Leben zu erwecken. Einheitsfronten müssen nicht geschmiedet werden. Sie können aufgrund von Wahlmehrheiten in Koalitionen ebenso zustande kommen. Dankeschön. – Die SED-Mitglieder, welche Lust verspüren, sich uns anzuschließen, sie sind prinzipiell willkommen. Aber verstehen Sie bitte auch, wenn Ihnen Mißtrauen begegnet. Es ist ein Denkprozeß für alle, den wir jetzt durchmachen. 1968 war für Europa ein sehr tragisches Jahr. In diesem Jahr marschierte wieder einmal eine deutsche Armee in verbrecherischer Absicht in ein friedliches Nachbarland ein. Ich fordere die derzeitige Regierung der DDR auf, sich bei den Völkern der CSSR zu entschuldigen. In diesem Zusammenhang schlage ich dem Rat der Stadt Leipzig vor, Alexander Dubček anläßlich einer Montagsdemonstration zu uns einzuladen. Weiter bitte ich den Bürgermeister dieser tapferen Stadt, dem tapferen Slowaken die Ehrenbürgerwürde zu verleihen. Dies wäre Teil einer unabdingbaren Schuldabtragung unsererseits, zumal die DDR in Person Honeckers die Invasion angeregt hatte. Noch etwas zum Thema Streik. In der jetzigen Situation würden wir uns selbst mit diesem Mittel in den Abgrund stürzen. Streiks sind jetzt überhaupt nicht angebracht bzw. notwendig. Dieses Mittel heben wir uns auf, falls es zu einer Militärdiktatur kommen sollte. Ich möchte zum Schluß noch mal zum Artikel des Professor Arndt zurückkommen. Der Artikel widerspiegelt doch nur die Angst der SED, durch die Existenz einer sozialdemokratischen Partei in diesem Teil Deutschlands für die Bevölkerung ganz offen zu dem zu werden, was sie schon immer ist, nämlich die politische Vertretung einer Minderheit. Dankeschön.

Jetzt spricht Lutz Graf von der Vereinigten Linken (Böhlener Plattform)

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger! Während wir uns hier versammeln, versammeln sich in Paris die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft, um über die DDR zu

beraten. Thyssen bietet an, die DDR in fünf Jahren aufzupäppeln. Ein Marshall-Plan soll her. Doch niemand denkt, leider auch Hans Modrow nicht, bei diesem notwendigen Sanierungsprogramm an die demokratische Mitbestimmung der Werktätigen, an die demokratische Kontrolle über ihr Eigentum. Schließlich haben die Werktätigen Leipzigs die Wende erzwungen. Sollen sie durch den beginnenden Sozialabbau die Zeche für eine verfehlte Wirtschaftspolitik bezahlen? Sollen sie jetzt den Gürtel enger schnallen, um die 15 Milliarden Haushaltsdefizit auszugleichen? Sicher, wir brauchen die angestrengte Arbeit eines jeden. Aber wir brauchen endlich auch wirkliche demokratische Kontrolle und Selbstverwaltung in den Betrieben. Damit nicht schon wieder Leute, die kein Mandat des Volkes haben, die Richtlinie der Politik bestimmen, deshalb müssen wir uns an die alten Traditionen der Arbeiter erinnern und Betriebsräte bilden, die über die Wirtschaftspolitik mitentscheiden in den Betrieben und Kombinaten und die über einen Kongreß der Betriebsräte auch die Politik der Regierung kontrollieren. Wir müssen unser durch die Verfassung gesichertes Volkseigentum endlich wirklich in Besitz nehmen. Alle, die Manager von Thyssen und Sanyo, die Wirtschaftsexperten der Regierung und die Werktätigen gehören an den »runden Tisch«. Erhalten wir unsere auch von allen westlichen Freunden gelobten Vorzüge: den Gemeinschaftssinn, die Kommunikationsfreudigkeit, die Toleranz, den Mut. Gerade wir Leipziger haben ihn am 9. Oktober bewiesen. Die sächsische Gemütlichkeit und unseren langen Atem bei den Demonstrationen am traditionellen Montagabend. Lassen wir uns nicht von Coca-Cola, McDonald und Micky Mouse kaufen! Lassen wir uns nicht von demokratischen Parolen und einer Wirtschaftsreform, die nur von den Experten gemacht werden soll, einschläfern. Neue Köpfe sind gut, aber vor allem müssen neue Inhalte und wirklich demokratische Strukturen her. Hoffen wir nicht auf einen Erlöser oder Revolutionär von oben, ob er nun Krenz oder Modrow heißt. Nehmen wir endlich die Sache selber in die Hand. Bei den Demos, bei den Dialogen und in den Betrieben. Wir alle müssen gegen den alltäglichen Stalinismus, der sich erneuern will, Sozialismus endlich gemeinsam definieren. Wir brauchen keine Rederepublik, wir brauchen eine Räterepublik! Die wirklich revolutionären Kräfte in der SED werden daran gemessen werden, ob sie für neue demokratische Strukturen und vor allem, ob sie für die reale Verfügungsgewalt der Werktätigen über ihr Eigentum kämpfen.

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger! Wir leben in unserer Stadt zusammen mit vielen tausend ausländischen Bürgern. Wir erleben aber auch, wie sie im Alltag diskriminiert werden beziehungsweise durch eine verfehlte Politik der Stadtväter in Ghettos gesperrt worden sind. Ebenso erleben wir täglich den immer stärker werdenden Terror offen neofaschistischer Kräfte. Der Stalinisnismus hat durch die Entmündigung des Volkes diese Haltung mit hervorgebracht und begünstigt. Wirklich neues Denken bedeutet, unseren alltäglichen Faschismus gegenüber den ausländischen Mitbürgern endlich zu überwinden und sie in unser Gemeinwesen einzubinden. Wirklicher Kampf gegen den Stalinismus bedeutet auch konsequenter Kampf gegen Neofaschismus! Wirkliches neues Denken heißt: den wirklichen Gegner erkennen und alle revolutionären Kräfte in den Prozeß des demokratischen Wandels einzubeziehen. Auch die progressive Basis der SED. Einen wirklich neuen, demokratischen, freiheitlichen und sozialistischen Staat aufzubauen kann nicht heißen, sich mit einem alten Staat zu vereinen, sei er auch noch so dynamisch, bunt und verlockend. Wir sind kulturellhistorisch und zweifellos auch durch unsere Mentalität eine Nation, aber wir brauchen zwei Staaten, damit das gemeinsame Haus Europa gebaut werden kann. Danke.

Es spricht Steffen Kuhhirt, Mitarbeiter der Initiative Frieden und Menschenrechte.

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger! Der Stand der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die Behandlung von Menschenrechtsfragen ein Arbeitsschwerpunkt der Initiative Frieden und Menschenrechte. Davon ausgehend setzen wir uns für die Verwirklichung dieser Grundrechte ein. Das heißt für uns: Wir fordern Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Die Verbesserung der Bedingungen und der menschenwürdigen Bedingungen in der Untersuchungshaft und im Strafvollzug der DDR. Wir fordern das Recht auf Bildung! Wir fordern das Recht auf Arbeit! Die Initiative Frieden und Menschenrechte, die sich nicht als eine Massenbewegung versteht, sondern als ein unabhängiges informelles Netzwerk, informiert die Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen und versucht, den Opfern materiellen und moralischen Beistand zu leisten. Bei Bekanntwerden eklatanter Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel Inhaftierungen, setzen wir uns für die Freilassung und Rehabilitierung ein. In diesem Zusammenhang weisen wir noch einmal darauf hin, daß Jens-Uwe Drescher und Kai Kuhlmann immer noch im Strafvollzug festgehalten werden. Sie wurden am 7. August zu 10 und 18 Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Beide hatten in den Morgenstunden des 2. Mai etwa 50 Plakate zur Wahl in der Leipziger Innenstadt angebracht. Beide wurden nach dem § 214 Abs. 1 und 3 des StGB der DDR verurteilt. Der Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig ist im Zusammenhang mit der verkündeten Amnestie bekannt geworden, daß sie nicht auf alle politischen Gefangenen zutrifft. Der wegen eines Fluchtversuchs an der innerdeutschen Grenze festgenommene Reinhard Büchse, der seit 15 Monaten in Karl-Marx-Stadt in Haft sitzt, erfuhr am 7. November, daß er nicht amnestiert wird. Er wurde wegen § 213 Abs. 3 Ziffer 2 verurteilt und fällt somit nicht unter die Amnestie. Die Ziffer 2 des Absatzes 3 besagt die »Anwendung gefährlicher Hilfsmittel«. In seinem Fall bedeutet das die Mitführung zweier selbstgebauter Leitern und die Anwendung von Tarnsachen. Er hat noch 7 Monate im Strafvollzug abzusitzen. Nach Aussagen betrifft so eine Auslegung der Amnestie zirka 40 Personen bei ungefähr 300 politischen Häftlingen im Karl-Marx-Städter Strafvollzug. Die Initiative Frieden und Menschenrechte fordert die Freilassung aller politischer Gefangenen in der DDR. Die Arbeit der Initiative Frieden und Menschenrechte ist aber nur gewährleistet, wenn wir Informationen von Betroffenen oder deren Verwandten, Freunden oder Kollegen erhalten. Kontakte in Leipzig sind: Reiner Müller in der Mariannenstr. 46 und Frank Richter in der Kazmierczakstraße 18. Vielen Dank.

Mein Name ist Gunter Jehnig. Ich spreche für den Behindertenkreis der Evangelischen Studentengemeinde und für die anderen Behindertenklubs der Stadt Leipzig. Trotz jahrelanger Bemühung von Einzelpersonen und engagierten Gruppen ist es nicht gelungen, eine Integration der Behinderten in unsere Gesellschaft zu erreichen. Wir haben Angst, daß auch im Zeichen der Wende die Interessen der Behinderten nicht in genügender Weise Berücksichtigung finden werden. Deswegen fordern wir alle Behinderten des Landes auf, daß sie sich organisieren und ihre notwendigen Forderungen in die Rathäuser tragen. Die Zielvorstellung sollte sein, daß ein Behindertenverband in der DDR gegründet wird, aber unabhängig und auch nicht unter der Schirmherrschaft des Freidenkerverbandes. Dieser Verband muß ideologiefrei sein! Für Leipzig fordern wir die Einführung eines ständigen Ausschusses, der sich mit Behindertenfragen beschäftigt. Und wir möchten alle Betroffenen dazu einladen, mitzutun. Wir haben ein Papier mit Forderungen und als Diskussionsgrundlage erarbeitet, daß ich hier nicht vortragen kann, aber

es kann in der Studentengemeinde eingesehen werden – man kann sich dann nachher an mich wenden. Und noch eine Bitte: Wenn westdeutsche Firmen bei uns in der Zukunft investieren werden, dann sollten Sie Bedingungen stellen, die darin bestehen, daß die Interessen der Behinderten berücksichtigt werden. Wenn gebaut wird, daß behindertengerecht gebaut wird. Wenn das Telefonsystem ausgebaut wird, daß zuerst Behinderte, die schon jahrelang auf ein Telefon warten, eins bekommen. Daß Tastaturtelefone eingeführt werden und daß auch in der Öffentlichkeit endlich Behindertentelefone, die für Behinderte zugängig sind, eingeführt werden. Ich sollte mich kurz halten, deshalb möchte ich hier enden und danke ganz herzlich!

Es spricht Falk Hocquél, Mitglied des Büros des Neuen Forum.

Also ich habe kurzfristig eine Seite gestrichen und werde nur noch ganz wesentliche Punkte bringen in Anbetracht der Kälte. – Wenn wir uns umsehen, bemerken wir, daß sich alle Parteien und Massenorganisationen des Landes im Umbruch befinden. Diese Veränderungen müssen kontrollierbar sein. Deshalb fordern wir die Parteien und Massenorganisationen auf, sofort Mandate der Volkskammer und anderer staatlicher Organe an die neuen oppositionellen Kräfte abzugeben. Diese neuen politischen Vereinigungen, deren Zulassung das Volk tausendfach gefordert hat, sollen Auge, Ohr und Stimme des Volkes in diesen Gremien sein, damit nie wieder die Interessen einer Clique von Mächtigen entscheiden, worüber das Volk informiert werden darf und worüber nicht informiert wird. Wir bleiben weiter mißtrauisch, bis gleichberechtigte, geheime und freie Wahlen, zu denen sich auch das Neue Forum stellt, eine wirkliche Volksvertretung bewirkt haben. Eine weitere Forderung des Tages lautet: Bildung öffentlicher Untersuchungskommissionen, die die Vergangenheit von Funktionären aufdecken, die sich

jetzt unauffällig davonstehlen wollen, und auch von denen, die scheinheilig geblieben sind, weil sie glauben, daß sie ihre Machenschaften verbergen können. Stellt euch vor, ihr steht unter einem Kirschbaum voll reifer Kirschen, in dem Stare sitzen. Klatscht ihr in die Hände, schrecken alle auf und flattern los. Doch schon nach kurzer Zeit kehren sie zurück, jeder an einen anderen Platz. Unser Land darf nicht zum Kirschbaum der Funktionäre werden! Es darf nicht möglich sein, daß ein Schweriner Parteisekretär, der wegen Unfähigkeit abgesetzt wurde, plötzlich als Reformer in Gera wieder auftaucht! In diesem Sinne: Finden wir heraus, wo die abgesetzten Drahtzieher geblieben sind. Auf diese Weise werden wir verhindern, daß die SED-Greise von gestern die Jungkapitalisten von morgen werden und beim Ausverkauf unserer Heimat ein weiteres Mal ihren Schnitt machen. Deshalb, Freunde und Freundinnen des Neuen Forum: Untersucht, wo sich die Reichtümer befinden, deren Herkunft ungewiß ist, wo sich die Konten, Paläste oder andere Kapitalanlagen der Chefs von gestern, heute und morgen verbergen! Haben wir von diesen Besitztümern Kenntnis, wird das Volk zum Richter, und mancher, der bewußt oder auch leichtfertig seine Macht mißbrauchte, wird mit einer Mindestrente in Freiheit zufrieden sein müssen. Danke.

Jetzt kommt mit Frank Teichmann eine CSSR-Initiative des Neuen Forum zu Wort.

An euren roten Nasen erkenne ich, daß ihr, auch wie ich, stark von der Kälte gezeichnet seid. Ich lege meinen Zettel zur Seite und versuche, frei zu sprechen.

Spontan aus den Ereignissen vom 28. Oktober 1989, welche uns allen aus dem Fernsehen bekannt sind aus der CSSR, haben wir eine Initiative gegründet, in welcher wir zum Protest aufrufen gegen die Anwendung von Gewalt auf dem Wenzelsplatz in Prag. Wir erklären uns hier solidarisch mit den Verhafteten um Václav Havel. Wir bitten euch, lernt aus

den Erfahrungen, die wir machen mußten, als wir auf die Straßen gingen um die Zeit des 40. Jahrestages. Wir dürfen hier nicht vergessen! Erklärt euch solidarisch, und bitte bekundet mit euren Unterschriften den Protest. Vielen Dank!

Es spricht Dr. Schreiber. Er ist Wissenschaftler und Spezialist für Luftreinhaltung.

Bürger von Leipzig! Ich möchte über Luft sprechen, über Leipziger Luft. Über die Luft, in der wir alle leben. Diese Luft in Leipzig und Umgebung ist schlecht, sehr schlecht. Wie der Zerfall vieler Bauwerke und der hohe Anteil mit Erkrankungen des Atemtraktes zeigen. Dagegen muß etwas getan werden. Herr Minister Dr. Reichelt! Sie tragen einen erheblichen Anteil Schuld daran, daß die Luft in Leipzig so schlecht ist. Daß heute die Frage steht: Ist Leipzig noch zu retten! Herr Minister Dr. Reichelt! Heute werden Sie in Ihrer alten Funktion wieder bestätigt. Das erfüllt uns mit Enttäuschung und mit Sorge, denn bisher haben Sie nur Erklärungen abgegeben, schöne Reden gehalten, aber keine Maßnahmen eingeleitet. Wirksame Anlagen zur Rauchgasentschwefelung wurden bisher in der DDR in keinem Betrieb eingesetzt. Sie haben dort Betriebe gelobt, wo Sie mit falschen Informationen betrogen worden sind. Ich fordere Sie auf: Erwerben Sie das Grundwissen der Luftreinhaltung, wenn Sie in dieser Funktion weiter tätig sein wollen. Herr Minister Dr. Reichelt! Ich fordere Sie auf, umgehend Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsituation in Leipzig einzuleiten! Was sagen Sie zu der Situation in Espenhain, Bitterfeld, Thierbach und anderen Industrieschwerpunkten? Das alles haben Sie bis jetzt stets toleriert. Umgehende Maßnahmen sind notwendig. Dazu erwarten wir Ihre Stellungnahme. Und nicht nur das! Über unsere Luft wollen wir mitreden! Und es eilt. Wer von Zukunft und Planung auf diesem Gebiet spricht, betrügt uns um unser Leben, denn wir leben heute und hier, und wir haben keine andere Luft zum Leben! Danke.

Es spricht Manfred Bär, 50 Jahre, zur Zeit noch parteilos.

Ich bin stolz, daß ich ein gebürtiger Leipziger bin. Ich bin stolz, daß wir trotz Reiseverlockungen alle hier erschienen sind. Ja, es ist schon eine große Freude, die langersehnte Öffnung der Grenzen. Wem verdanken wir es? Nur uns selbst! Liebe Leipziger, bitte seid mir nicht böse. Es ist nicht nur eure Kundgebung. Es ist die Kundgebung des Bezirkes. Und nicht nur das. Wir haben zum Beispiel viele Gäste aus Thüringen. Ich weiß, daß seit dem 9. November ständig Kämpfer für Demokratie und Freiheit aus dem Bezirk Gera an unserer Seite demonstrieren. Also schon aus der Zeit, als wir Gera noch als »rot« erklärten. Vor wenigen Wochen wurden diese Freunde unserer Demo noch von Partei, Gemeinde und Betrieben ausfindig gemacht und registriert. Heute schämen sich schon die, die noch nicht dabei waren. Zum Glück haben die Geraer ihre Situation erkannt und ihren Fürsten, ehemaliger Oberfeldwebel und HJ-Gefolgschaftsführer, Herbert Ziegenhahn, gestürzt. Bei dieser Aktion ist auch herausgekommen, daß er Tausende Dollar bei einem Spanienurlaub verpraßt hat. Und wir bekommen zur Zeit 15 DM, eine Schande für die SED! Nun weiß ich auch, warum sich führende SED-Bonzen erschießen. Mit welchem Recht sind Parteibonzen in den Kreis- und Bezirksleitungen Pistolenträger? Haben sie schon immer gewußt, daß sie noch nie das Vertrauen des Volkes hatten? Freie Wahlen, die wir bald erkämpft haben, werden meine Worte bestätigen. Meine Forderungen: Erstens: Auflösung der Kampfgruppen! Zweitens: Abschaffung des gesamten Militärs! Zwei a: Dazu gehört auch der Rückzug unserer Freunde. Ich sage heute »Freunde«, denn ohne ihre Zurückhaltung könnten wir nicht um unsere Freiheit und Demokratie kämpfen. Drittens: Stasi in die Volkswirtschaft! Meine Wünsche: Erstens vielleicht kann sich rechtzeitig die SED in ihre Bestandteile KPD und SPD auflösen. Wir Arbeiter brauchen die SPD in der Zukunft. Zweitens: Mögen das Neue Forum und die

SDP Wahlsieger werden, damit wir einen echten Sieg der Demokratie und Freiheit erringen. Drittens: Vielleicht geht dann unser aller geheimer Wunsch (ich muß sagen: fast aller), die Einheit Deutschlands, schneller in Erfüllung, als wir heute bereit sind zu glauben! Die letzten Wochen beweisen: Was das Volk will, erreicht es. Es könnte mein Schlußwort gewesen sein, aber ich habe noch ein Anliegen: Bitte denkt an meine Worte, wenn ihr »Köpfe rollen« laßt. Auch ich rufe: SED, das tut weh! Ich meine dabei die Führungsrolle, aber nicht in jedem Falle die Menschen, die stolz oder nicht stolz ihr Parteiabzeichen tragen. Bitte entscheidet selbst, wer zur Zeit und später in der Lage ist, uns zu regieren. Ich selbst weiß, daß unser Bürgermeister in Markranstädt mehr für die Stadt und Bevölkerung getan hat als seine Vorgänger zusammen. Ich weiß, daß mein Betriebsleiter in Altenburg immer ein offenes Ohr für seine Kollegen hatte und immer das Machbare erreicht hat. Und ich kenne noch sehr viele SED-Männer, die heute noch mein Vertrauen haben. Es tut also nicht immer weh: SED. Auf den Menschen kommt es an! Junge Menschen! Bitte behaltet bei unseren Montags-Volks-Demos vor dem Stasi-Komplex eure Nerven. Die Macht des Volkes ist groß, aber zur Zeit fürchte ich noch die Macht der Stasi und des Militärs. Ich wünsche uns weiterhin eine erfolgreiche, aber unbedingt gewaltlose Revolution! Ich danke euch!

Jetzt spricht Jörg Hannes für die Ökologie-Gruppe des Neuen Forum.

Ich habe etwas gekürzt, weil ein Vorredner schon sehr viel gebracht hat. Ich möchte erst mal bemerken: Wir arbeiten seit einem Monat zusammen und sind natürlich noch am Anfang unserer Arbeit. Aber wir haben schon ein paar Forderungen. Wir fordern die schnellstmögliche Schaffung eines Bezirks-Umweltlabors. Wir erwarten, daß alle Daten, auch die bisherigen, in einer Umweltzeitschrift veröffentlicht werden. Wir brauchen eine Bestandsaufnahme unserer ökologischen und wirtschaftlichen Situation. Die größten Umweltverschmutzer sind oft unrentabel. Wir fordern die Volkskammer auf, mit einzusparenden Geldern aus dem militärischen Bereich Umwelttechnik zu finanzieren. Wir brauchen in der Schule statt Wehrkundeunterricht Ökologieunterricht! Wir, das Neue Forum, fühlen uns verantwortlich für die Zukunft unserer Kinder. An diesem Ziel arbeiten wir, und dafür brauchen wir euch alle. Danke.

Die Texte der Ansprachen stellte Frau Langner, Neues Forum Leipzig, zur Verfügung. Die Auswahl traf der Verlag.